

Demographie - Jungbrunnen benötigt

Von Catrin Gesellensetter

Rund 19 Millionen Rentner blicken trotz der zu Monatsbeginn erfolgten Rentenerhöhung bang nach Berlin: Spätestens seit der kinderlose Regierungsberater Bert Rürup offenbarte, dass zur Reform der Sozialsysteme "auch Rentenkürzungen kein Tabu mehr" seien, dürfte selbst dem letzten Ruheständler klar sein: Das einstige Politiker-Mantra der "sicheren Renten" gehört endgültig der Vergangenheit an.

Dennoch beschwört Bundessozialministerin Ulla Schmidt (SPD) die Senioren, sich nicht verunsichern zu lassen. Hier wird die Angst spürbar, die bald mächtigste Gruppe potenzieller Wähler zu verprellen. Denn spätestens im Jahr 2050 - so die demographischen Prognosen - stellen die über 60-Jährigen die Mehrheit des Wahlvolks.

Lücke von der Größe Lübecks. Deutschland altert. Und Deutschland schrumpft - jährlich um etwa 200000 Menschen, das entspricht einer Stadt von der Größe Lübecks oder Kassels. Denn während die statistische Lebenserwartung pro Jahr um etwa zehn Wochen steigt, herrscht in Deutschland zugleich Kindermangel. Mit 1,4 Kindern pro Frau hat die Bundesrepublik nur etwa zwei Drittel Prozent des Nachwuchses, den sie bräuchte, um ihre Bevölkerung stabil zu halten. Die Folgen dieses Wandels bringen nicht nur die Sozialversicherungssysteme an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit. Axel **Börsch-Supan**, Direktor des Mannheim Research Institute for Economics of Aging (MEA), ist sich sicher: "Die Alterung wird das gesamte Wechselspiel zwischen Arbeits-, Kapital- und Gütermärkten grundlegend verändern."

Fataler Irrtum. Die Ursache dieser Probleme geht bis in die Ära Adenauer zurück. Mit der klaren Ansage: "Kinder kriegen die Leute sowieso" setzte der Altbundeskanzler den Umbau der Rentenversicherung durch. Das war 1957. Das alte System der Kapitaldeckung, bei dem die Beitragszahler ihre eigene Rente angespart hatten, wurde durch ein Umlageverfahren ersetzt. Doch spätestens mit dem Pillenknick der späten 1960er-Jahre kippte das Modell. Seitdem fehlen nachwachsende Beitragszahler. Die Idee wechselseitiger Verantwortung zwischen Jung und Alt, Aktiven und Ruheständlern, auf der neben der Renten- auch Kranken- und Pflegeversicherung basieren, funktioniert nicht mehr (s. Kasten rechts). Doch obwohl Experten wie Meinhard Miegel, Leiter des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG) in Bonn, schon seit Jahren vor den "dramatischen Folgen für die gesamte Gesellschaft" warnen, blieb die Politik weitgehend untätig.

Vorbild Frankreich. Nahezu ohne Resonanz verpufften etwa Forderungen der Europäischen Union, Familien in den Mitgliedsstaaten stärker zu fördern. Dass es auch anders geht, beweist das Beispiel Frankreich (s. Kasten S. 86): Die Grande Nation hat es unter anderem durch steuerliche Förderung geschafft, ihre Geburtenziffer nicht nur zu halten, sondern sogar leicht zu steigern. In Deutschland betonten Politiker stattdessen gern die Bedeutung der Familie als "persönliche Keimzelle der Gesellschaft" und stellten deren besonderen Schutz durch die Verfassung heraus.

Dieser vermeintliche Schutz schlägt sich nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts jedoch so nieder, dass Paare mit Kindern im Durchschnitt nur 63 Prozent des Einkommens zur Verfügung haben wie vergleichbare Paare ohne Kind.

Für den ehemaligen Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof ist das ein Skandal. Er plädiert eindringlich für ein familienfreundlicheres Deutschland (s. Interview S. 88). Auch aus ökonomischen Gründen. Immerhin, so der streitbare Juraprofessor, könnten mehr Kinder die lahrende Konjunktur sofort wieder in Gang bringen. Mit zu wenig Nachwuchs werde die Wirtschaft hingegen langfristig leiden.

Verwaiste Wirtschaft. An Horrorszenarien herrscht kein Mangel: Das aktuellste ist die These vom "Asset-Meltdown" an den Kapitalmärkten. Ab 2030, so die Befürchtung, werde die Nachfrage nach Finanzanlagen massiv zurückgehen, weil die geburtenstarken Jahrgänge der 50er- und 60er-Jahre in Rente gingen und zur Finanzierung ihres Lebensstils im Alter Vermögensgegenstände zu Dumpingpreisen verschleudern müssten. Auch wenn Experten mittlerweile beruhigen und nur geringe Verschiebungen an den Kapitalmärkten prognostizieren (s. Kasten S. 87 oben) - von einer Entwarnung für die Wirtschaft kann nicht die Rede sein (s. Kasten rechts).

Denn ab 2010 wird die Gruppe der Erwerbstätigen stark schrumpfen, während die Zahl der Konsumenten noch etwa 40 Jahre konstant bleibt. "Als Wachstumsmotor fällt der Faktor Arbeit damit nahezu aus", warnt Herwig Birg, Chef des Instituts für Bevölkerungsforschung an der Universität Bielefeld. Der Bedarf an hochqualifizierten Nachwuchskräften bleibt davon jedoch unberührt (s. Kasten S. 85 o.). Um wirtschaftlich leistungsfähig zu bleiben, wird Deutschland daher verstärkt Güter und Leistungen importieren müssen.

Hilfe von außen. Entsprechend fordert etwa Martin Hüfner, Chefvolkswirt der HypoVereinsbank, das Problem durch mehrZuwanderung zu lösen. Experte Birg winkt jedoch ab. "Durch Einwanderer lassen sich die demographischen Verwerfungen allenfalls mindern" (s. Kasten S. 87 u.). Zudem hätten die meisten Nachbarländer selbst mit sinkenden Geburtenraten zu kämpfen. Eine nachhaltige Lösung lasse sich daher nur über mehr eigene Kinder erzielen.

Davon ist Deutschland allerdings noch weit entfernt. Und so gewinnt eine alte, makaber klingende These des 1995 gestorbenen Wirtschaftsprofessors Wolfram Engels neue Aktualität. Sie lautet: "Die Deutschen haben sich entschlossen, zur Finanzierung ihrer Renten auszusterben."

Den vollständigen Artikel finden sie im Magazin Focus Money vom 17. Juli 2003.